

C·A·P Planung...

16./17. Dezember 1998

Gemeinsame Konferenz von C·A·P und Bertelsmann Wissenschaftsstiftung in Bratislava zur EU-Integrationsfähigkeit der Slowakischen Republik. Im Mittelpunkt stehen die Prüfung und Diskussion der „Wende“ in der slowakischen Politik und damit die Frage, inwieweit die slowakische Regierung die von der EU monierten Demokratiedefizite beseitigen konnte.

14./15. Januar 1999

Sitzung der „Strategiegruppe Europa“, Konferenz der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa in Gütersloh.

16.-18. Januar 1999

Transatlantische Lerngemeinschaft: Zweites Treffen der AG Transformation in Bukarest.

3./4. Februar 1999

Deutsch-französische Konferenz zur „Agenda 2000“ in Berlin; Kooperationsprojekt der Forschungsgruppe Europa, der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und Notre Europe (Paris).

25.-27. Februar 1999

Transatlantische Lerngemeinschaft: Drittes Treffen der AG Migration in El Paso, USA.

3./4. März 1999

„Fazit Deutschland“ - Konferenz der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, des DeutschlandRadios Berlin und des Centrums für angewandte Politikforschung im Preußischen Landtag.

9./10. April 1999

Transatlantische Lerngemeinschaft: Drittes Treffen der AG Transformation in Washington, D.C.

C·A·PANORAMA...

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 / 4904 290

Fax 089 / 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

http://www.cap.uni-muenchen.de

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Gestaltung: Dr. Jürgen Gros

Redaktion: Dr. Jürgen Gros, Eva

Feldmann M.A., Dr. Thomas Paulsen

Produktion: Bartels & Wernitz München

Konturen einer europäischen Asienpolitik

von Franco Algieri

Bereits vor der Finanzkrise oder den Atomtests von Indien und Pakistan stand Asien auf der Tagesordnung der Europäischen Union. Vom ersten EG-ASEAN Ministertreffen 1978 bis zum zweiten Asia Europe Meeting (ASEM) 1998 hat sich ein wirtschaftlicher und politischer Dialog zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und asiatischen Staaten entwickelt. Die Bedeutung Asiens für die EU wird in der Asienstrategie der Europäischen Kommission wie auch in Konzepten zu einzelnen Staaten wie beispielsweise China, Indien und Japan oder regionalen Gruppierungen wie der ASEAN betont. Das angestrebte Ziel umfassender und strategischer Partnerschaften wirkt ambitioniert, bleibt aber an der pragmatischen Umsetzung zu messen. Realismus-orientiertes Denken wird erkennbar, da sich das europäische Engagement deutlicher auf die asiatischen Staaten richtet, denen ein handelspolitisch und für die sicherheitspolitische Lage der Region größeres Gewicht beigemessen wird.

Der politische Dialog mit asiatischen Staaten ist ein gradueller Annäherungsprozeß, der zunächst darauf abzielt, gemeinsame Interessen zu definieren, um dann in einem weiteren Schritt auch kontroverse Themen aufzugreifen. Bei Fragen zur regionalen Integration, zu Menschenrechtsthemen oder sicherheitspolitischen Überlegungen zeigen sich von europäischer und asiatischer Seite unterschiedliche Bewertungen. Partnerschaften hängen jedoch auch von ihrer qualitativ-institutionellen Ausgestaltung ab. In diesem Zusammenhang muß darüber nachgedacht werden, wie die sich stetig erweiternde Themenpalette der EU-Außenbeziehungen bewältigt werden kann und wo die Grenzen der institutionellen und administrativen Leistungsfähigkeit liegen. Die möglichen Folgewirkungen der EU-Erweiterung für die euro-asiatischen Beziehungen sind vor diesem Hintergrund ebenfalls zu berücksichtigen.

Ein strategisches Interesse der EU an Asien ist erkennbar, doch dessen Umsetzung hängt entscheidend vom außen- und sicherheitspolitischen Profil der Union ab. Was sich unter dem Begriff 'europäische Asienpolitik' verbirgt, sind verschiedene Ansätze gegenüber den unterschiedlichen Regionen und Staaten Asiens. Soll diese Politik als 'gemeinsam' verstanden werden, bedarf es einer engen Koordinierung und Zusammenführung von supranationalen und nationalen Ansätzen. Dies muß nicht nur auf bilateraler Ebene, sondern auch in multilateralen Kooperationsforen, in denen die EU und asiatische Staaten zusammentreffen entsprechend umgesetzt werden.

Abzuwarten bleibt, welche Schubkraft sich durch die einheitliche europäische Währung für die Rolle der EU in der Welt ergibt. Wenn der Euro als Reservewährung für asiatische Staaten an Bedeutung gewinnt, dann kann sich dadurch auch das politische Gewicht der EU in Asien verstärken. Es sind die sogenannten 'weichen' Sicherheitsfragen, bei denen die Union über ein hohes Handlungspotential verfügt und das in Ansätzen in ihrer Asienpolitik zum Tragen kommt. Am Beispiel der europäischen Asienpolitik wird jedoch auch deutlich, daß noch Klärungsbedarf im Richtungsstreit zwischen Intergouvernementalisten und Befürwortern weiterreichender Integrationsschritte in einer post-antagonistischen Weltordnung besteht.

Franco Algieri, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europa am C·A·P, verantwortlich für die Arbeitsbereiche „Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ und „Europäische Asienpolitik“

C·A·P Prolog...

Kontinuität ...

... mit neuen Akzenten kündigt die neue Bundesregierung auch in der Europapolitik an. Aus der Sicht europäischer Policy-Forschung steht zu hoffen, daß die Formel auch Neues enthält und sich nicht etwa im Austausch der Bedenken erschöpft: Die alte Bundesregierung trug schwer am Widerspruch zwischen dem Drängen auf die EU-Erweiterung einerseits und dem Beharren auf einem deutschen Rabatt bei den EU-Finzen andererseits. Die neue Regierung insistiert weniger auf der Finanzfrage, scheint aber sehr zögerlich – mit Verweis auf die Kosten der Freizügigkeit – an die Erweiterung zu geben. Die eine wie die andere Verknüpfung läuft auf Selbstlähmung hinaus – kein gutes Omen für die deutsche Ratspräsidentschaft. In den kommenden Monaten gilt es, das Momentum von Konstellation und Fahrplan in Europa für eine konsequente Reform der Agrarpolitik, weg von der Planwirtschaft, und der Strukturfonds, hin zur Konzentration auf die Bedürftigkeit, zu nutzen; auch Frankreich zu kreativem Denken zu bewegen, im Zuge der Reform Großbritanniens Rabatt auslaufen zu lassen und mit einer institutionellen Anpassungsinitiative einen weiteren Hemmschuh der Erweiterung zu beseitigen. Daneben wartet die britische WEU-/GASP-Initiative schon zu lange auf eine konzeptionelle deutsch-französische Antwort.

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der Forschungsgruppe Europa

Geschichte der deutschen Einheit

Außenpolitik für die deutsche Einheit

Die Entscheidungsjahre 1989/90

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, rückte die deutsche Frage schlagartig wieder auf die Tagesordnung der internationalen Politik. Vielen wurde danach nur langsam bewußt, daß zwischen den beiden deutschen Staaten nichts mehr sein würde, wie es rund 40 Jahre lang gewesen war. Niemand aber ahnte, daß bereits ein knappes Jahr später Deutschland nicht nur vereinigt, sondern erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges auch wieder im Besitz seiner vollständigen Souveränität sein würde. Der internationale Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung ist das Thema des neuen Buches „Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90“ von Werner Weidenfeld. Auf einer bislang einzigartigen Quellenbasis konnte er gemeinsam mit Peter M. Wagner und Elke Bruck den außenpolitischen Weg zur Einheit nachzeichnen und analysieren. So hatten die Autoren erstmals Zugang zu geheimen west- und ostdeutschen Regierungsakten und führten weit über 100 Gespräche mit Staatsmännern, Diplomaten und Beobachtern des Vereinigungsprozesses in Deutschland, den USA, Frankreich, Großbritannien, Rußland und Polen.

Das Buch schildert anschaulich und spannend die Orientierungssuche der Politiker angesichts der Revolution der deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen, die mit Helmut Kohls 10-Punkte-Programm am 28. November 1989 eine erste Bündelung erfuhr. Es skizziert die vielfältigen Bemühungen der Bundesregierung zur Einbindung der Nachbarn in West und Ost, die Bedenken des Auslands gegenüber einem vereinigten Deutschland und das letztlich erfolgreiche Bemühen, die Souveränität des vereinten Deutschlands herzustellen. Im Mittelpunkt stehen regierungsinterne Abstimmungsprozesse in Bonn und Ost-Berlin sowie der spannende Diplomatie-Marathon, bei dem die beiden deutschen Staaten und die Vier Mächte ab Frühjahr 1990 unter wachsendem Zeitdruck nach einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung der deutschen Frage suchten. Neben den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen der Außenminister und ihrer Beamten wird detailliert untersucht, welche Rolle die Staats- und Regierungschefs mit ihren zahlreichen Telefonaten, Briefwechseln und Begegnungen in diesem Prozeß übernahmen. Ausführlich werden zudem jene Schritte untersucht, welche die Zustimmung des Westens zur Vereinigung sicherten beziehungsweise das Einlenken Gorbatschows im entscheidenden Punkt der gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft ermöglichten. (Fortsetzung Seite 2)



Globalisierung und Social Governance

In Zusammenarbeit mit der Forward Studies Unit (FSU) der Europäischen Kommission und unterstützt durch den German Marshall Fund of the United States veranstaltete das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) am 19./20. November 1998 in Brüssel einen runden Tisch zum Thema „Globalization and Social Governance in Europe and the US“. 45 überwiegend jüngere Teilnehmer aus den USA und Europa diskutierten im Rahmen des Improving Responsiveness-Projektes, das der German Marshall Fund und das C·A·P gemeinsam durchführen, u.a. die Frage der Bereitstellung öffentlicher Güter unter den Bedingungen einer globalen Ökonomie.

Tagungsbericht und Referentenbeiträge sind über die Homepage des C·A·P verfügbar: www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic.

Politikberatung in Polen

Zur Beratung der polnischen Regierung über Ausrichtung und Struktur der Europapolitik hielt sich der Leiter der Forschungsgruppe Europa, Josef Janning, im November in Warschau auf. Daneben hielt er Briefings über die deutsche Außenpolitik für die Präsidialkanzlei, das Amt des Ministerpräsidenten und das Außenministerium.



Der Außenminister der Deutschen Einheit, Hans-Dietrich Genscher, mit Prof. Werner Weidenfeld.

Anhand bislang nicht zugänglicher Quellen können die Autoren zeigen, wie Helmut Kohl, François Mitterrand und ihre engsten Mitarbeiter im Frühjahr 1990 hinter den Kulissen zäh um den Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union rangen. Die streckenweise massiv vorgebrachten sowjetischen Wünsche nach deutscher Wirtschaftshilfe sowie bislang öffentlich heruntergespielte Abstimmungsprobleme und Konflikte zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten werden erstmals analysiert. Daneben zeigt „Außenpolitik für die deutsche Einheit“ - beispielsweise anhand der zahlreichen, teilweise sehr emotionalen Begegnungen der Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Eduard Schewardnadse sowie von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow - auch, welche entscheidende Bedeutung persönliche Beziehungen zwischen Politikern haben können.

Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90. Geschichte der deutschen Einheit, Band 4, Stuttgart 1998 (Deutsche Verlags-Anstalt). ISBN 3-421-05093-7. Subskriptionspreis bis 31.12.1998: 98 DM, danach 128 DM.

Für seine Verdienste um die Förderung der Beziehungen Deutschlands zu den USA und den europäischen Nachbarn sowie zur Verbesserung des Ansehens Deutschlands im Ausland bekam Prof. Weidenfeld das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Bild: Prof. Weidenfeld anlässlich der Aushändigung des Verdienstordens durch den bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Hans Zehetmair.



Toleranzbilder

Bilder prägen unsere Vorstellung der Realität. Informationen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden heute weitgehend über Bilder transportiert. Doch Bildinhalte sind nicht eindeutig, sie sind ambivalent und vielschichtig. Ihre Inhalte hängen von der Wahrnehmung und den Deutungsmustern des Betrachters ab. Die Auseinandersetzung über unterschiedliche Wahrnehmungen setzt einen partnerschaftlichen Dialog voraus.

Die Idee zur Fotobox ist im Rahmen des Projektes „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ entstanden. Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und dem Stern, der sein umfangreiches Fotoarchiv zur Verfügung stellte, konnte ein professionelles Instrument für die Bildungsarbeit vorgelegt werden. In dem ausführlichen Begleitbuch finden sich kreative Methoden, die jeder politische Bildner, Trainer, Referent und Lehrer sofort in seiner Arbeit anwenden kann.



Andreas Schröder und Kirsten Nazarkiewicz: **Toleranzbilder. Fotobox für die politische Bildung**, Gütersloh 1998, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-89204-835-5, 40,- DM.



Dr. Egon Klepsch, ehemals Präsident des Europäischen Parlaments, und Prof. Werner Weidenfeld während der Vorstellung des Buches „Deutsche Europapolitik“.

Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung**, Bonn 1998, Europa Union Verlag, ISBN 3-7713-0560-8, 293 S., 49,90 DM.

Europa hat Zukunft

Der Sammelband der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik vermittelt einen umfassenden Überblick über die bahnbrechenden europäischen Entwicklungen der vergangenen Jahre und hilft dem Leser, zu einer eigenen Einschätzung der Perspektiven der europäischen Integration zu finden. Die hier veröffentlichten Analysen und Standpunkte renommierter Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien, aber auch die zahlreichen in diesem Band enthaltenen Dokumente, ermöglichen es dem Leser, sich ein umfassendes und realistisches Bild des Europas von morgen zu machen. Der Sammelband enthält herausragende Analysen und die wesentlichen Dokumente zu den europäischen Entwicklungen, die in den Jahren 1995 bis 1998 in der Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK erschienen sind.

Angelika Volle/Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Europa hat Zukunft. Der Weg ins 21. Jahrhundert**, Bonn 1998, Verlag für Internationale Politik, ISBN 3-921011-05-1, 336 S., 34,80 DM.

C·A·Porträt

Markus Vorbeck verstärkt seit März 1998 das Team der Forschungsgruppe Zukunftsfragen. Vorbeck ist Absolvent der Deutschen Journalistenschule. Er hat in München, Århus sowie Utrecht Journalistik und Politikwissenschaft studiert. Zu seinen Themenschwerpunkten in der Forschungsgruppe zählen insbesondere die gesellschaftlichen Konsequenzen der Bio- und Gentechnik.



Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): **Handbuch zur deutschen Einheit. Koreanische Ausgabe**, Seoul 1998, ISBN 89-85505-85-8.

Deutsche Einheit - Beispiel für Korea?

Die deutsche Wiedervereinigung war ein historisch einmaliges Experiment. Die Aufgabe, den ostdeutschen kommunistischen Staat in die westdeutsche Demokratie einzugliedern, mußte ohne historische Vorbilder bewältigt werden. Das gilt für die innenpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Aspekte des Einigungsprozesses wie auch für den Bereich der internationalen Diplomatie. Korea könnte bald vor ähnlich großen Herausforderungen stehen. Bei einer möglichen Wiedervereinigung hat es jedoch einen Vorteil gegenüber Deutschland - es kann auf den deutschen Erfahrungsschatz bei der Transformation und Integration eines kommunistischen Systems zurückgreifen und aus den Erfolgen und Fehlern der deutschen Politik lernen. Das „Handbuch zur deutschen Einheit“ stellt mit seiner umfassenden zeitgeschichtlichen und politisch-ökonomischen Bestandsaufnahme die hierfür notwendigen Informationen zur Verfügung. Um diese einem möglichst großen Kreis von politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern auch in Korea zugänglich zu machen, wurde das von Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte herausgegebene Informationspaket nunmehr in die koreanische Sprache übersetzt.

Economic Diplomacy

It's the economy, stupid! - das war der innenpolitische Slogan, mit dem Bill Clinton 1992 die Wähler für sich gewinnen konnte. Auch in der Außenpolitik erhob der neue Präsident den Anspruch, das Verhältnis zwischen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Prioritäten neu zu ordnen. Ökonomische Ziele sollten von nun an den Kern des außenpolitischen Interessenkalküls der USA bilden. „Economic Diplomacy“ wurde zum Leitbild einer neuen Außenpolitik erhoben, nationale Sicherheit als ökonomische Sicherheit neu definiert.

Thomas Paulsen: **Economic Diplomacy. Die Ökonomisierung der amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Clinton 1993-1996**, Opladen 1999, Leske + Budrich, ISBN 3-8100-2235-7, 216 S.

Das Buch untersucht, ob hinter dem Label „Economic Diplomacy“ tatsächlich ein solch fundamentaler Wandel der amerikanischen Außenpolitik steht. Drei Fragen stehen im Mittelpunkt: Welches waren die Grundzüge der außenpolitischen Agenda Clintons? Was waren die Ideen und Wahrnehmungsmuster hinter dem Konzept der „Economic Diplomacy“? Inwieweit konnte Clinton seine Vorstellungen im außenpolitischen Entscheidungsprozeß und in der operativen Außenpolitik in die Praxis umsetzen? Anhand dieser Fragestellungen wird der Versuch Clintons beschrieben, ökonomische Ziele als Kern der amerikanischen Außenpolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts zu definieren.

Polen begegnen

Dieser Leitfaden gibt ein pädagogisches Konzept und inhaltliche Anregungen, wie die historische, politische und gesellschaftliche Entwicklung Polens im Rahmen von länder- und völkerkundlichen Seminaren sowie der politischen Bildung vermittelt werden kann. Nach einer thematischen Einführung über die Grundbedingungen des interkulturellen Lernens im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen werden verschiedene Themenbausteine vorgestellt. Diese beschäftigen sich mit den historischen und politischen Rahmenbedingungen, dem Alltagsleben und Aspekten des sozialen und kulturellen Wandels. Abgerundet wird die Publikation durch entsprechende Seminarvorschläge und einen umfangreichen Anhang mit Arbeitsmaterialien, Literaturempfehlungen sowie weiterführenden Adressen. Die Publikation ist über den Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für internationale Probleme e.V., Mettmannerstr. 105, 40721 Hilden zu beziehen.

Eva Feldmann: **Polen mitten in Europa. Bausteine für länder- und völkerkundliche Seminare**, Hilden 1998 (SSIP Materialien Bd. 3), ISBN 3-932231-07-4, 28 S., 14,- DM.

Virtueller Zugang zur digitalen Welt

Das Internet zählt dieses Jahr bereits über 100 Millionen „Surfer“. Der sofortige Zugriff auf das globale Wissen wird durch immer informationsreichere Angebote möglich. Damit ergibt sich die Frage, wie im Zeitalter der knappen Aufmerksamkeit die Zukunft durch effizientes, interdisziplinäres Wissensmanagement gestaltet werden kann. Im besonderen Maße müssen sich die Hochschulen der Verantwortung stellen, den Mehrwert des Internets in praktischer Form zu erschließen.

Mit Hilfe des „Digital Portal“ - einem kommentierten Tor in das Netz der Netze - möchte die Forschungsgruppe Zukunftsfragen Nutzer des Internets bei ihren Recherchen unterstützen. Das Portal zur globalen Digitalisierung ist Teil des Projektes „How we want to live tomorrow“, das das C·A·P zusammen mit der Hoechst Stiftung, Frankfurt, durchführt. Ziel ist es, dem Nutzer in der Datenflut des Internets Orientierung zu Zukunftsthemen zu geben. Der Mensch, das soziale Zusammenleben, die Schaffung einer globalen Wissensgesellschaft und die Zukunft der Politik im Cyberspace stehen dabei thematisch im Vordergrund. Das Portal kommentiert ausgewählte Homepages von Gestaltern der vernetzten Zukunft, baut „Links“ zu interessanten Dokumenten der digitalen Revolution auf und vermittelt interaktive Informationen über themenrelevante Bücher. Mittels des kostenlosen Abonnements des Newsletter „Global Futures“ können sich Interessenten regelmäßig über neue Informationsangebote informieren (<http://www.hoechst-forum.uni-muenchen.de/digital/>).

Neben dem Thema „Digitalisierung“ wird sich die Forschungsgruppe demnächst auch mit der Biotechnologie und anderen Zukunftsthemen befassen. Entsprechende Portale sind in Vorbereitung. Alle Informationen sind in Englisch verfügbar.

Transatlantische Zusammenarbeit in Energiefragen

Aufgrund ihrer weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung spielt die Energiepolitik eine zentrale Rolle im Transformationsprozeß Osteuropas. Im Projekt „Transatlantische Lerngemeinschaft“, einer Zusammenarbeit von C·A·P, Bertelsmann Stiftung und German Marshall Fund, wurde daher neben dem Arbeitsfeld Migration ein zweites Lernfeld eingerichtet, das sich mit Energiefragen in Rumänien und Bulgarien beschäftigt. Ziel ist es, in einem europäisch-amerikanischen Dialog Best Practices in der Energiepolitik auszutauschen, gemeinsame Initiativen zu diskutieren und Politikempfehlungen für Bulgarien und Rumänien zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe des Projektes analysierte auf ihrem ersten Treffen in Sofia den aktuellen Stand der Energiepolitik in beiden Staaten. Dabei kamen sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Aspekte zur Sprache. Geprüft wurde vor allem die Frage, inwieweit die regionale und transatlantische Zusammenarbeit auf dem Feld der Energiepolitik in Südosteuropa intensiviert werden kann.

Transatlantische Beziehungen im WWW

Unter der Adresse www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic finden sich auf der neuen Homepage Informationen über die laufenden Projektaktivitäten, eine Presseschau, ein Publikationsverzeichnis sowie weiterführende Links zum Thema transatlantische Beziehungen. Alle Projektergebnisse und Diskussionspapiere zu aktuellen Themen europäisch-amerikanischer Politik werden im Volltextformat zur Verfügung gestellt.

Zu Gast am C·A·P ...

... am 5. Oktober 1998 besuchten die chinesischen Politikwissenschaftler Prof. Zhao Baoxu, Uni Beijing, und Prof. Zhou Rongyao, Chinese Academy of Social Science Beijing, das C·A·P. Im Mittelpunkt des Treffens standen Fragestellungen aus den Bereichen der deutsche Einheit sowie der deutschen Außen- und Europapolitik.

... am 16. Oktober 1998 besuchte Franz H. Kaps, Berater des Vizepräsidenten der Weltbank, das C·A·P. Im Zentrum des Gesprächs standen die Planungen der Weltbank, Nicht-Regierungsorganisationen in die Modernisierung von Kommunalverwaltungen und die EU-Beitrittsvorbereitung der mittel- und osteuropäischen Länder einzubeziehen. Die Weltbank wird voraussichtlich ihre Erfahrungen bei der Außenunterstützung von Transformationsprozessen in ein C·A·P-Projekt einbringen.

... am 23. November referierte der makedonische Botschafter Dr. Srgjan Kerim auf Einladung des C·A·P in einem Rundgespräch zur aktuellen Lage der Republik Makedonien in Europa.

... zu Gesprächen über die aktuelle politische Lage in der VR China und in Taiwan waren im November Professorin Karin Tomala aus Warschau sowie Dr. Tang Shaocheng aus Taipei am C·A·P.

China im Fokus der USA und Europas

Europäische und amerikanische außenpolitische Strategien gegenüber China standen am 3. November im Mittelpunkt eines internationalen Expertenkolloquiums der „Transatlantic Issues Series“ am C·A·P. In Zusammenarbeit mit dem Münchener Generalkonsulat der USA hatte das C·A·P rund 20 Experten eingeladen. Nach einer Einführung durch Prof. Jonathan Adelman (University of Denver), Dr. Kai Möller (SWP) und Franco Algeri (C·A·P) wurden u.a. künftige politische und wirtschaftliche Entwicklungsoptionen im Reich der Mitte diskutiert. Erörtert wurde zudem die Frage, welche produktive Rolle die EU und die USA spielen sollten, um zur regionalen und weltweiten Integration Chinas beizutragen.

Migration und Integration

Auf ihrem zweiten Treffen, das in Amsterdam von der Vizebürgermeisterin der Stadt, Pauline Krikke, organisiert wurde, beschäftigte sich die Arbeitsgruppe Migration der Transatlantischen Lerngemeinschaft in erster Linie mit der ökonomischen Integration von Einwanderern. Die Diskussionen und Ortsbesichtigungen zeigten, daß dabei auch Programme sehr effektiv sein können, die konzeptionell gar nicht speziell auf die Zielgruppe von Einwanderern zugeschnitten sind: Da in vielen Stadtgebieten Einwanderer einen großen Teil der Langzeitarbeitslosen ausmachen, profitieren sie auch überproportional von den allgemeinen städtischen und staatlichen Maßnahmen der Strukturförderung und Arbeitsmarktpolitik.

Pilotprojekt Juniorteam

Das Pilotprojekt Juniorteam ist eine Initiative der Forschungsgruppe Jugend und Europa, der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung sowie der Landeszentralen für politische Bildung in Baden-Württemberg und in Niedersachsen. Junge Menschen werden in Methoden der Bildungsarbeit in den Themenfeldern „Toleranz“ und „Europa“ ausgebildet und stehen anschließend bundesweit als Referentinnen und Referenten zur Verfügung. Die Teamer arbeiten vorwiegend mit handlungsorientierten Methoden, die gerade auf Jugendliche besonders motivierend wirken.

Seit April 1998 ist am C·A·P eine Geschäftsstelle für das Juniorteam eingerichtet, die für die Organisation, Betreuung und Fortbildung des Juniorteam verantwortlich ist. Inzwischen führte das Juniorteam mit einer ganzen Reihe von Partnern - Schulen, Gewerkschaften sowie Stiftungen - zahlreiche Seminare durch. Ein ganz besonderer Erfolg war die Simulation des Brüsseler Sondergipfels zum Eintritt in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Bad Urach, die in Ausschnitten „live“ im Radio übertragen wurde.

In engem Zusammenhang mit dem Juniorteam steht das von der EU geförderte Projekt „Play Yourope“. Dieses sieht in München im nächsten Jahr kurz vor den Europawahlen die Konzeption und Durchführung eines Jugendparlaments und die Entwicklung eines weiteren Planspiels zur Jugendarbeitslosigkeit vor.

Verwaltung und regionale Kooperation in Mittel- und Osteuropa

Die weitere Vorbereitung auf den EU-Beitritt und die Entwicklung der Nachbarschaftsbeziehungen in Osteuropa verleihen der regionalen Ebene eine Schlüsselbedeutung. Zur Reform ihres öffentlichen Sektors müssen die mittel- und osteuropäischen Länder intermediäre Verwaltungskörperschaften aufbauen und eine institutionelle Arbeitsteilung entwickeln, die die Regionalentwicklung der nächsten Jahrzehnte beeinflussen wird. Zudem fließt ein großer Teil der vor und nach dem EU-Beitritt bereitgestellten Fördermittel in Aufgaben der Regional- und Infrastrukturentwicklung; die zweckgemäße Mittelverwendung und der Erfolg des ökonomischen Aufholprozesses in Mittel- und Osteuropa wird davon abhängen, inwieweit die Länder effiziente Verwaltungskapazitäten aufbauen. Schließlich stehen die Länder vor der Herausforderung, die Disparitäten und Fehlentwicklungen aus Jahrzehnten falscher Regionalpolitik zu überwinden.

Eine gut funktionierende Kooperation zwischen den - jahrzehntelang vernachlässigten - Grenzregionen kann die notorisch zentrumslastige Integration Osteuropas durch regionale Beziehungen unterfüttern. Das C·A·P bereitet daher zwei Arbeitspapiere vor, die Probleme und Fortschritte beim Neuaufbau der regionalen Ebene sowie in der grenzüberschreitenden Kooperation vergleichend analysieren und Optimierungsvorschläge entwickeln. Die Studien entstehen im Rahmen des Projektes „Integration mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU“ in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und osteuropäischen Experten und erscheinen voraussichtlich Anfang 1999. Sie können bestellt werden bei Dr. Martin Brusis (E-mail: uf291ac@mail.lrz-muenchen.de).

Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung

Deutschlandpolitik sorgte stets für Kontroversen. Auch nach Vollendung der Einheit 1990 werden die Grundpositionen und Weichenstellungen kritisch diskutiert. Doch inwieweit befand sich das Regierungshandeln im Einklang mit den Einstellungen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland?

Dieser Frage geht das Buch systematisch nach. Dazu wird der Datenbestand der Meinungsforschung aus den Jahren 1949 bis 1990 umfassend ausgewertet und in der Längsschnittperspektive mit den Entwicklungslinien der Deutschlandpolitik in Beziehung gesetzt. Dabei finden nicht nur die konkreten Entscheidungen und Streitfragen Berücksichtigung, vollzog sich Deutschlandpolitik doch vielfach über sprachliche Akzentverlagerungen. Die Originalität des Ansatzes liegt somit in der Erweiterung der Untersuchungsperspektive, die qualitative und quantitative Befunde verknüpft. Auf diese Weise wird ein zusammenhängendes Entwicklungsbild von Deutschlandpolitik und öffentlicher Meinung gezeichnet. Neben themenspezifischen Deutungsmustern werden Konstanten und Trends aufgezeigt. So war zunächst die grundlegende außenpolitische Neuorientierung nach Westen und die Unbeweglichkeit in Statusfragen kennzeichnend. Ein erheblicher Bedeutungsverlust der deutschen Frage, die Entemotionalisierung der Oder-Neiße-Problematik und die Hinwendung zu einer operativen Deutschlandpolitik konturieren das Spannungsverhältnis zwischen Regierungspolitik und Einstellungswandel in den Jahren 1963 bis 1969. Dies schuf zugleich einen positiven Resonanzboden für die Etablierung der neuen Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition. Der Intensivierung der innerdeutschen Beziehungen in den achtziger Jahren begegneten die Westdeutschen schließlich mit pragmatischer Zufriedenheit, aber auch mit Anzeichen der Indifferenz gegenüber der DDR.

Manuela Glaab: **Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990**, Opladen 1999, Leske + Budrich, ISBN 3-8100-2209-8, 423 S., 78,- DM.

Politikgestaltung im deutschen Regierungssystem

Die Mechanismen und Strukturen der Politikgestaltungsprozesse im Machtdreieck von CDU-Parteiführung, Unionsfraktion und Bundesregierung während der achtziger Jahre sind in der politikwissenschaftlichen Forschung bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben. Deshalb wird in dieser Studie exemplarisch in der Analyse der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik danach gefragt, welche Akteure in welcher Form im Machtdreieck in die Politikgestaltung involviert sind, welche Möglichkeiten sie zur Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse besitzen, und welche Strukturen des Interessenausgleichs und der Konfliktregelung sich zwischen den relevanten Akteuren im Untersuchungszeitraum herausgebildet haben.

Für die genannten Politikfelder kann nachgewiesen werden, daß das Machtdreieck grundsätzlich auf Stabilität und Machterhalt angelegt ist. Zur Stabilität des Machtdreiecks tragen personelle Verschränkungen zwischen den einzelnen Akteursgruppen wesentlich bei. Die Einbeziehung eines individuellen Akteurs in den Entscheidungsprozeß des Machtdreiecks hängt dabei weniger von den verfassungsrechtlichen oder satzungsmäßigen Voraussetzungen und Möglichkeiten seines Amtes als vielmehr von persönlichen/ individuellen Merkmalen des jeweiligen Amtsinhabers ab (Amts- und Politikverständnis, Verankerung in Fraktion und Partei etc.). Das Machtdreieck ist von einem Netz persönlicher Loyalitäten und gegenseitiger Abhängigkeiten durchzogen. Mit dem Blick unter die Oberfläche vertrauter Vorstellungen und Kenntnisse formeller, institutioneller Verantwortlichkeiten werden in dem Buch strukturelle und prozessurale Tiefenebenen eines zentralen Teilbereichs des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland freigelegt.

Jürgen Gros: **Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982-1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik**, Berlin 1998, Duncker & Humblot, ISBN 3-428-09562-6, 433 S., 128,- DM.